

Unterstützung durch Überanpassung

Wer trägt die Verantwortung für fehlgeschlagene Hochschulreformen?

| SASCHA LIEBERMANN | THOMAS LOER | Die zahllosen Reformen der letzten Jahre, die zu einer Umgestaltung der Universitäten geführt haben, waren politisch und ökonomisch getrieben. An den Universitäten gab es glühende Verfechter der Veränderungen und vehementen Gegner. Wie steht es um die Verantwortung für die Reformen? Wie lassen sich die Reaktionen in den Universitäten verstehen? Eine Analyse.

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung waren im Dezember 2009 zwei Leserbriefe abgedruckt, die sich damit befassten, welche Verantwortung den Professoren für die Umgestaltungen der Hochschulen zukommt. Beide Briefe waren deswegen interessant, weil sie – auf den ersten Blick – zwei konträre Deutungen vertraten. Der eine stammte von Prof. Peter-Alexis Albrecht, der mit der Lage des Jurastudiums ins Gericht ging und zugleich in den Umgestaltungen in Anlehnung an die Bologna-Erklärung eine Aufforderung zur Unterordnung erkannte. Die Folgen werde man erst in zwei bis drei Jahrzehnten sehen. Verantwortung dafür trügen auch die Hochschullehrer („Zur Einheit von Lehr- und Lernfrustration“, 10. Dezember 2009).

Auf diesen Leserbrief antwortete verärgert ob der abschließenden Feststellung Prof. Dirk Kaesler („Der Protest der Hochschulprofessoren“, 16. Dezember 2009). Der Vorwurf „den Hochschulprofessoren [habe] es an der Courage zu verweigerndem Protest“ gemanget, wie Albrecht es ausdrückte, hielt er für deprimierend. Als Dekan des Fachbereichs, dem er damals vorstand, hatte

er sogar eine Klage vor „den hessischen Verwaltungsgerichten“ angestrengt, um sich gegen eine Entscheidung des Präsidiums zu wehren, den Diplomstudienangang Soziologie einzustellen. Sein Engagement liefere den Gegenbeweis für Albrechts Diagnose. Widersprechen sich beide Deutungen tatsächlich?

»Einen Protest in der Breite hat es nicht gegeben.«

Unzweifelhaft ist Kaeslers Einsatz verdienstvoll, doch widerspricht er nicht der Diagnose, er bestätigt sie viel mehr. Wenn mit „verweigerndem Protest“ nicht Aktionen einzelner Kollegen gemeint sind, die es in den Jahren immer gab, sondern der kollegiale Zusammenhalt der Wissenschaftler als Profession, dann ist genau das die irritierende Seite an den Umgestaltungen: einen solchen Protest in der Breite hat es nicht gegeben. Vielmehr herrschte bei allem Unmut, der auch heute noch anzutreffen ist (zwei Drittel der Hochschullehrer sind unzufrieden, F&L 5/13), vorauseilender Gehorsam; symptomatisch war, dass Kritik zwar argumentativ vorlag, sich aber nicht praktisch folgen-

reich in den Universitäten organisierte. Kaesler hingegen fällt nicht auf, dass gerade das Beschreiten des Rechtswegs bezeugt, wie wenig Verbündete es für sein Vorhaben in seiner Universität gab, hätte er sonst nicht zu diesem Mittel greifen müssen. Protest, gar „verweigernder Protest“, wie ihn Albrecht für richtig erachtet hätte, reicht zwar nicht aus, da auch er ohne tragfähige Gegenvorschläge in der Verweigerung stecken zu bleiben droht. Immerhin hätte es ein Anfang sein können.

Zunahme der Kritik

Seit die Folgen der Umgestaltungen erfahrbar geworden sind, hat die Kritik zugenommen. Versuche, die Eigendynamik zu beschreiben, hat es gegeben, so für das ECTS- und Modulsystem durch Stefan Kühl (F&L 4/12). Nach wie vor rätselhaft jedoch ist die große Unterstützung durch Überanpassung sowie die Tendenz, Verantwortung zu delegieren und die treibenden Kräfte für die Entwicklung *außerhalb* zu verorten. Sicher: Der gesetzliche Rahmen wurde politisch vorgeschrieben, doch die Veränderungen darauf zu reduzieren würde die Verantwortung der Hochschulen eskalieren; in diesen tragen aber die Wissenschaftler selbst die Verantwortung sowohl für die konkrete Umsetzung wie auch dafür, nicht selbst durch Gegenvorschläge den Missständen entgegengewirkt zu haben.

Lässt sich diese Entwicklung dadurch erklären, dass sekundäre Motive wie die Anerkennung durch die Community of Scientists die primären Motive wie die Suche nach Wahrheit überlagern (so Richard Münch, F&L 4/13)? Es scheint einiges dafür zu sprechen, betrachtet man die institutionellen Bedingungen heutiger Forschungsförderung und Reputationssammlung mit ih-

AUTOREN

Sascha Liebermann ist Professor für Soziologie an der Alanus Hochschule in Alfter.

Thomas Loer ist Gastdozent an der Fakultät für Kulturreflexion der Privaten Universität Witten/Herdecke.



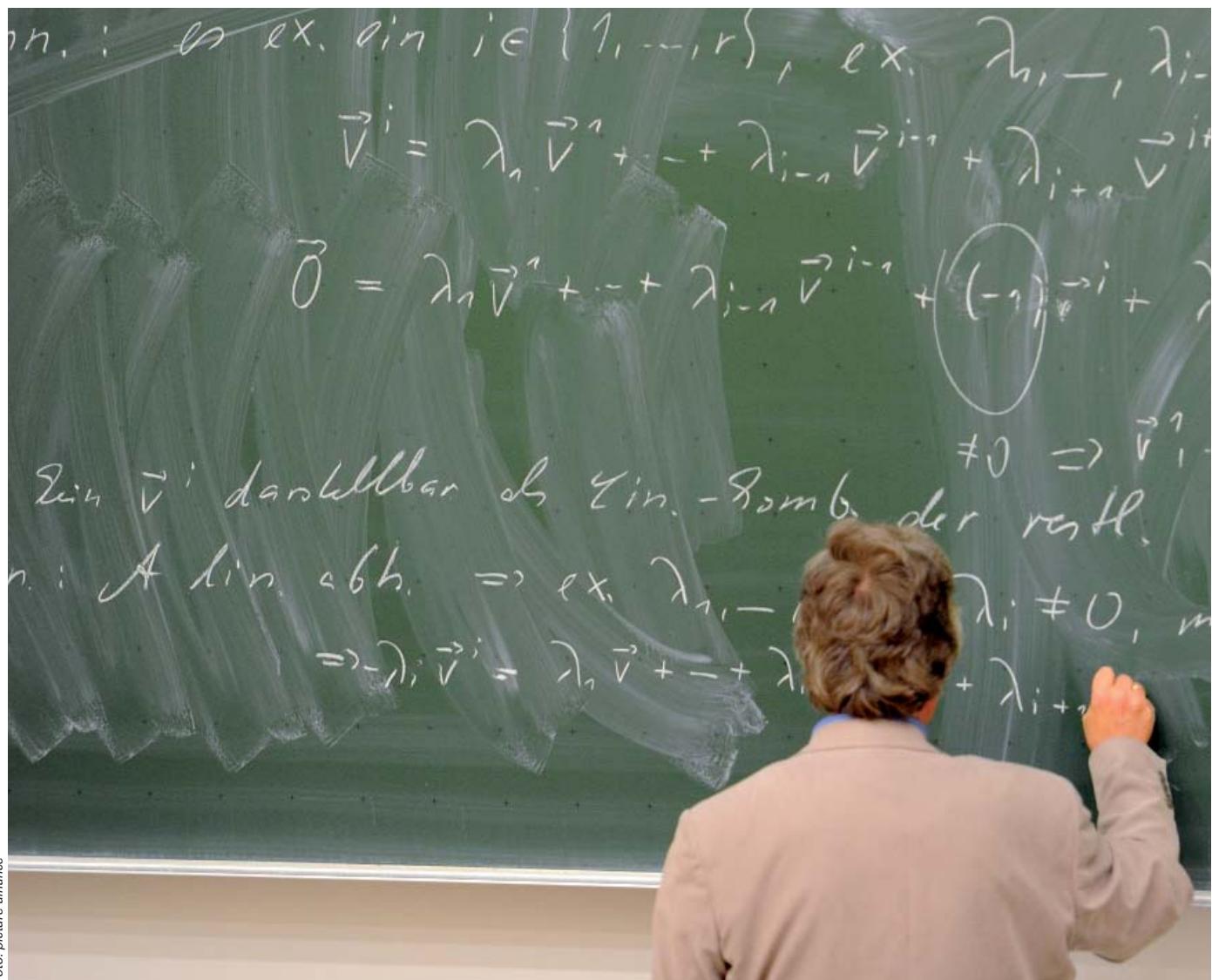


Foto: picture-alliance

ren Folgen für die Wissenschaftler, die noch keine Lebenszeitstelle errungen haben. Sie müssen spuren, wenn sie sich nicht aus dem Betrieb hinaus manövrieren wollen, auch wenn die Maßstäbe in den Disziplinen unterschiedlich sind. So spielen in der deutschsprachigen Soziologie die sogenannten Impact-Faktoren bei Veröffentlichungen noch nicht die Rolle, die sie in anderen Disziplinen haben, aber unfraglich führt die Entwicklung dazu, dass junge Wissenschaftler selbst „nach sehr vielversprechenden Anfängen zunehmend auf die Bahn plattester Schnellpublikation“ geraten (Max Weber). Der Befund, dass die Kriterien der Reputation eine Eigendynamik erzeugen, bleibt aber selbst für das Fortwirken im Zeitalter der Output-Orientierung deskriptiv. Es bedürfte indes einer Erklärung dafür, weshalb es überhaupt zur Output-Orientierung gekommen ist, weshalb sie eine solch große Bedeutung erlangt hat – Schlagworte wie Ökono-

misierung, Neoliberalisierung, Deprofessionalisierung, akademischer Kapitalismus etc. tragen dazu nicht viel bei. Festzuhalten bleibt doch trotz der so bezeichneten Entwicklung: Diejenigen, die Lebenszeitstellen errungen haben, müssten sich daran nicht beteiligen. Gerade sie wären diejenigen Kräfte, die der Entwicklung Einhalt gebieten könnten,

»Wissenschaftler ohne Lebenszeitstelle müssen spuren, wenn sie im Betrieb bleiben wollen.«

indem sie nicht einfach mitmachten. Das hätte Folgen für die Begutachtung von Projektanträgen, die Rekrutierung durch Berufungsverfahren und die konkrete Situation in den Hochschulen, in denen durch die bereitwillige Befolgung der Output-Orientierung ein sozialer Druck für alle entsteht. Sinnfällig wird er in den in Hochschullehrerversamm-

lungen herumgereichten Listen, die über die eingeworbenen Drittmittel der Kollegen informieren.

Ein Widerspruch?

Widersprechen sich beide überhaupt, interesselose Wahrheitssuche auf der einen und das – so müsste es laut Münch dann heißen – interessengeleitete Stre

ben nach Anerkennung auf der anderen Seite? Anerkennung in der Community of Scientists, soll sie Anerkennung nach deren Regeln sein – das lässt auch Münch erkennen –, wäre doch eine Anerkennung gemäß der interesselosen Wahrheitsverpflichtung und nicht gegen sie. Eine interessengeleitete Anerkennung hingegen wäre keine der Community of Scientists, sondern eine der Society of Scientists, eine des Wissenschafts-Betriebs, der Reputationsbeschaffung unter Chronoklasten (Gottfried Schatz). Auch hier bleibt dann die

Frage unbeantwortet, weshalb dieser „sekundäre Antrieb“ die Oberhand gewonnen hat? Die erwähnten mit Theoremen versehenen Schlagworte, die eine Erklärung bieten sollen, suggerieren eine Determinierung von Handlungsmöglichkeiten, die so, wie am Beispiel der Lebenszeitprofessuren zu sehen, nicht existiert. Es gibt eben, dies ist im Grund ein trivialer Befund, auch in der Welt der Output-Steuierung Alternativen – zumal für die „beati possidentes“ (Max Weber) im sicheren Hort der Verbeamung.

Erheblicher sozialer Druck

Sicher: Der soziale Druck in Instituten ist erheblich. Wer sich heute auf eine Professur bewirbt, soll in der Regel eingeworbene Drittmittel eigens aufführen; abgelehnte Anträge bei Fördereinrichtungen wie der DFG werden nicht als Anstrengung, eine Förderung zu erlangen, bewertet, sondern als Scheitern. Die Output-Orientierung ist hier ganz konsequent. Sie kann allerdings nur dort ihre Wirkung entfalten, wo ihr gefolgt wird. Ein drastisches Beispiel hierfür war die Exzellenzinitiative, an der sich die Hochschulen, so Ulrich Oevermann schon vor einigen Jahren, erst gar nicht hätten beteiligen dürfen, ließ man sie auf diesem Wege doch gegeneinander antreten. Die Folgen sind zu besichtigen, und dennoch läuft alles mehr oder weniger so weiter wie bislang. Vergebene Müh' also, sich diesen Fragen noch einmal zu widmen? Wohl und Wehe der Universität hängen davon ab, sich zu fragen, wofür sie da sein und alimentiert werden will (Loer F&L, 4/12). Das schließt eine Besinnung darauf ein, was in den Universitäten, was in der wissenschaftlichen Sozialisation dazu beiträgt, dass eine sachfremde Form der Reputationsgewinnung eine derart große Bedeutung erlangen konnte. Weitergreifend wären dann zu fragen, wie diese wissenschaftliche Sozialisation mit Wertvorstellungen im Gemeinwesen zusammenhängen könnte, so dass sich beide verstärken oder sogar wechselseitig bedingen.

Die Verankerung in der politischen Gemeinschaft

Hier kann nur angedeutet werden, wo Antworten zu suchen wären. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Verankerung in der politischen Gemeinschaft, die die Wissenschaft alimentiert, in Deutschland – anders als in England

mit der Royal Society und in Frankreich mit der Académie française – stets problematisch war. Die obrigkeitliche Gängelung der Wissenschaft an den Universitäten in Preußen etwa, die Max

»Die Output-Orientierung kann nur dort ihre Wirkung entfalten, wo ihr gefolgt wird.«

Weber in den Jahren vor und während des ersten Weltkriegs schon heftig kritisierte, wurde nur von wenigen unabhängigen Geistern überhaupt als problematisch und für die Wissenschaft nachteilig angesehen. Dem entspricht, dass noch heute über dem Reichstagsgebäude, in dem das Parlament, also der Volkssoverein zu Hause ist, der Spruch „Dem deutschen Volke“ prangt. Der Dativ dieser Inschrift – in Hans Haackes Gegenentwurf „Der Bevölkerung“ fortgeführt – macht deutlich, dass hier nicht das Volk als Souverän ein Gebäude in Besitz genommen hat, sondern dass es ihm gegeben wurde, dass also das Volk eine Instanz über sich anerkennt. Es ist sozusagen der in Unziale gegossene Ausweis der Obrigkeitlichkeit. Wenn also ein solches verkürztes Verständnis des demokratischen Nationalstaats herrscht, wie kann dann die Wissenschaft souverän dem Souverän gegenüberstehen? Statt dessen wird Zugehörigkeit zur wissenschaftlichen Profession reduziert auf Zugehörigkeit zu

»Zugehörigkeit zur wissenschaftlichen Profession wird reduziert auf die zu einem Stand.«

einem Stand; statt Universalität der Wissenschaft mit der Verantwortung gegenüber der partikularen politischen Gemeinschaft zu vereinen, haben wir die Haltung des deutschen Mandarins (Fritz K. Ringer), der sich gleichermaßen über die kulturlose Zivilisation wie über die Untiefen der Politik erhaben dünkt. Die Kehrseite dieses Erhabenheitsdünkels erleben wir heute: die Unterwerfung unter politische Vorgaben bei gleichzeitigem Klagen darüber.

Fragwürdige Rekrutierungs-praxis

Es wäre zu fragen, inwiefern die Rekrutierungspraxis und die Rekrutierungskriterien zu einer Perpetuierung dieser Haltung beitragen, wobei gleichzeitig ja

immer wieder auch wissenschaftliche Habitus rekrutiert und gebildet werden, die Wissenschaft als bedingungslose Erkenntniskritik und Forschung begreifen und bereit sind, sie entsprechend zu verteidigen. Auch die Generationszugehörigkeit müsste auf ihre Auswirkung auf diese Haltung untersucht werden. Offensichtlich sind die nun emeritierten Professoren verantwortlich dafür, dass aus der Wissenschaft heraus keine Reform zustande kam, was vermutlich einerseits mit einem habituellen Fortschreiben der alten Ordinarienuniversität bei häufig oberflächlichem Kontrast zu ihr: einer Verbrüderung mit Mittelbau und Studenten nicht aus Kollegialität, sondern aus Gesinnung, und andererseits mit einer Art innerer Emigration, die ihre Kollegen in der zeitlosen Republik des Geistes statt in der gegenwärtigen Community of Scientists suchte, zu tun hat. Bei der jüngeren Generation hingegen sind, so muss man schließen, wohl überwiegend entweder diejenigen rekrutiert worden, die die Kreise der älteren Kollegen nicht zu stören drohten, oder diejenigen, die bereits in dem unheilvollen Ranking-Geist sozialisiert wurden und für die die von Richard Münch herausgestellte Output-Orientierung für die Wissenschaft eine unbefragte Selbstverständlichkeit darstellt.

Erforderlich wäre es, diese wissenschaftsimmanten Gründe für die Entwicklung der Universität aufzuklären. Das hilfe in der Debatte darum, was

Wissenschaft und Universität eigentlich sein wollen, die vor dem Hintergrundkonsens, dass Wissenschaft unabdingbarer Bestandteil unseres gemeinschaftlichen Selbstverständnisses ist, dringlich in der politischen Öffentlichkeit geführt werden muss. Das schützte auch davor, nicht auf die falschen Verbündeten zu hoffen, die das Versäumnis der rechtzeitigen Verantwortungsübernahme durch externalisierende Verweise auf Sachzwänge vor sich selbst verbergen.

Richtig wusste schon Horaz: „Illiacos intra muros peccatur et extra“ – was nottut ist aber, den Zeigefinger, statt mit ihm nach außen zu zeigen, zu nutzen, um im eigenen Archiv zu blättern, das eigene Tun nüchtern zu analysieren und so die Chance zu eröffnen, die Wissenschaft wie die Universität von innen zu erneuern und souverän nach außen zu verteidigen.